

Positionspapier Soziale Stadtentwicklung in Baden-Württemberg

Handreichung zur Landtagswahl 2021 an die Parteien im Landtag Baden-Württemberg

Das „Landesnetzwerk Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in Baden-Württemberg“

- ist strategischer Partner in Fragen der Integrierten Stadtentwicklung
- ist vernetzt mit rund 500 Akteuren im ganzen Land
- ist verortet in den Kommunen, bei freien Trägern, bei Planungsbüros, bei Wohnungsunternehmen, in der Zivilgesellschaft
- hat Zugang zu benachteiligten Menschen in prekären Lebenslagen und in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf
- ist agiler ehrenamtlicher Akteur
 - bei der Strategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“ des Ministeriums für Soziales und Integration
 - beim Corona-Forum Zivilgesellschaft
- ist im engen Austausch mit dem Wirtschaftsministerium in Sachen Städtebauförderung und Wohnraumoffensive
- ist Veranstalter von großen themenbezogenen Tagungen
- ist Impulsgeber für ein noch stärkeres Baden-Württemberg.

Vor dem Hintergrund langjähriger ehrenamtlicher Arbeit und unserer professionellen Hintergründe halten wir es unbedingt erforderlich, folgende Themen auf Landesebene weiterzuführen, zu stärken und strukturelle Verbesserungen anzuschieben:

Stärkung von **zivilgesellschaftlichen Strukturen** und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Das Thema Bürgerbeteiligung muss weiterhin eine hohe Priorität genießen.

Erhalt und Stärkung der **Städtebauförderung** als Gemeinschaftsinitiative von Bund und Ländern – hier insbesondere auch eine Beibehaltung der NIS-Mittel (nicht-investive Städtebauförderung).

Landesstrategie Quartier 2030 weiter ausbauen/stärken und mit Elementen der Gesundheitsvorsorge koppeln.

Erprobung experimenteller Ansätze wie bei der **Wohnraumoffensive** für die Schaffung von bedarfsgerechtem und fairem Wohnraum.

Förderung des sozialen Zusammenhalts in der Post-Corona-Stadt. Hier brauchen wir Strategien, wie wir Innenstädte weiter entwickeln, Perspektive in den sozialen Brennpunkten eröffnen und Präventions- und Kommunikationsstrategien erarbeiten können.

1. Landesprogramm Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung in Baden-Württemberg

Viele Städte und Gemeinden erhalten die finanzielle Unterstützung der Städtebauförderung, die sie vor allem für investive Maßnahmen nutzen können. Begleitend wird oftmals ein **Quartiersmanagement (QM)** eingerichtet, das vor Ort neben der baulichen Entwicklung die Belebung der Stadtteile ankurbeln, Integration fördern und ein Akteur*innen-Netzwerk aufbauen soll. Mit dem Auslaufen der Städtebauförderung bricht für die Kommunen auch die Förderung für das Quartiersmanagement weg. Damit ist der Wegfall unterstützender Strukturen in den Stadtteilen vorprogrammiert.

Dazu kommt, dass Standorte der **Gemeinwesen- und Quartiersarbeit** in Gefahr geraten, da die Kommunen aufgrund der Auslegung, dies sei eine „freiwillige Leistung“, keinerlei Finanzspielräume für tarifgerechte Bezahlung,

Weiterbildung und sachgerechte Ausstattung haben. Neue Bedarfe können seitens der Kommunen zudem häufig überhaupt nicht mehr berücksichtigt werden. GWA und QM drohen somit zum Auslaufmodell zu werden – was das Ende einer systematischen Bearbeitung der Problemlagen in benachteiligten Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Armutsbevölkerung bedeuten würde!

Auch aufgrund der **Erfahrungen mit der CORONA-Krise**, in der GWA und QM in den Stadtteilen mit kreativen Methoden Unterstützung geleistet haben, fordern wir flankierend zu der Städtebauförderung auf dem investiven Sektor ein „Landesprogramm Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung“ für Baden-Württemberg.

Damit können die besonderen Qualitäten und positiven Erfahrungen mit GWA und QM aus dem Programm Sozialer Zusammenhalt genutzt werden. Ein solches Landesprogramm sehen wir zudem als echte **Präventionsstrategie gegen Armutslagen**.

2. Servicestelle Soziale Stadtentwicklung auf Landesebene

Als Landesnetzwerk von Praktiker*innen und Verantwortlichen aus den Standorten von GWA und aus Städtebaufördergebieten in Baden-Württemberg bringen wir gerne unser Knowhow konstruktiv in die Begleitung und Beratung von Projekten mit ein. Darin sind wir aufgrund unserer fast 20-jährigen Erfahrung geübt. Doch wir wissen auch, dass dies in qualifizierter Weise neben der Alltagsarbeit nur begrenzt zu leisten ist. Deshalb schlagen wir die Implementierung einer „Servicestelle Soziale Stadtentwicklung“ vor, die sowohl Kommunen als auch freie Verbände vernetzen und beraten könnte. Eine solche Beratungs- und Servicestelle könnte auch Schnittstelle zur Landesregierung sein und gemeinsam mit den verschiedenen Ministerien die landesweite Strategie Soziale Stadtentwicklung fortentwickeln. Wir denken hier insbesondere auch an die nachhaltige Verstetigung und konstruktive Weiterentwicklung der nicht-investiven Städtebauförderung.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Anfang September 2020 veröffentlichte Studie im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) mit dem Titel **„Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt“**.

In den Empfehlungen dieser Studie an die Länder (S. 105) heißt es u.a.:

„Den Ländern wird empfohlen, zur besseren Abstimmung, Qualifizierung und finanziellen Absicherung Arbeitsgemeinschaften zur Gemeinwesenarbeit und Quartiersarbeit auf Landesebene einzurichten bzw. institutionell (finanziell) abzusichern. Die Strukturen in den Bundesländern, in denen Akteure der Gemeinwesenarbeit und Quartiersarbeit sich langfristig strategisch austauschen und auch gemeinsame Positionen entwickeln können, haben sich bewährt. In Hessen und Niedersachsen sind die Landesarbeitsgemeinschaften zur sozialen Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit seit 30 Jahren aktiv und auch an der Konzeption der Landesförderprogramme und ihrer Verstetigungsansätze beteiligt. Dieser Impuls sollte aufgegriffen werden, um vergleichbare Netzwerk- und Unterstützungsstrukturen zu schaffen bzw. vorhandene Strukturen für die Verbesserung der sozialen Teilhabe adäquat auszustatten“.

Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement haben in der Vergangenheit auch in Baden-Württemberg bewiesen, dass sie nachhaltig positive Veränderungen bewirken können. Sie sind als Instrumente einer zukunftsfähigen innovativen und zukunftsfähigen Stadtentwicklungspolitik unverzichtbar.

Wir freuen uns auf die Gespräche mit Ihnen.

Bruchsal, den

Dieter Gohl

für die LAG Soziale Stadtentwicklung und
Gemeinwesenarbeit BW e. V.
Stadtplanungsamt Bruchsal
Rathaus am Otto-Oppenheimer-Platz 5
76646 Bruchsal
Tel.: 07251 794678
dieter.gohl@bruchsal.de

Dr. Sven Fries

für die LAG Soziale Stadtentwicklung und
Gemeinwesenarbeit BW e. V.
Claude-Dornier Straße 4 (Alte Wache)
73760 Ostfildern
Tel.: 0711 30090941
Mobil: 0163 6771157
sven.fries@stadtberatung.info